

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/2984

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Herrn Ole Schmidt
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Landeshauptstadt Kiel

24103 Kiel, 29. Mai 2014
Rathaus
Fleethörn 9
Telefon (0431) 901 30 01
Telefax (0431) 901 6 30 43

Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Schmidt,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf der Landesregierung für die Ausbildung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein werden wesentliche rechtliche Grundlagen der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften systematisch in einer Rechtsgrundlage zusammengeführt.

Eine bedarfsgerechte Lehrkräfteausbildung wird konsequent an die Erfordernisse eines zweigliedrigen weiterführenden allgemeinbildenden Schulsystems in Schleswig-Holstein angepasst und somit adäquat auf den Unterricht der neuen Schulstruktur ausgerichtet.

Die Entwicklung zu einer inklusiven Schullandschaft und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind gesellschaftlich sehr bedeutsame Aufgaben. Die Integration der Schwerpunkte Inklusion, Grundlagen der Förderdiagnostik und der Umgang mit Heterogenität in allen Lehramtsstudiengängen bilden somit in der Gesetzesnovelle eine konsequente Weiterentwicklung einer hohen Fachlichkeit zukünftiger Lehrkräfte. Der stärkere Praxisbezug schon im Studium und Praxissemester im Masterstudium gewährleisten eine Erweiterung der fachlichen und pädagogischen Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern.

Mit Sorge verfolgen wir in der Landeshauptstadt Kiel jedoch die mit dem Gesetzesentwurf verbundenen Pläne für den Ausbau der Fächer an der Universität Flensburg und die möglichen mittel- wie langfristigen Folgen für die Hochschullandschaft in Kiel. Die mit einem Ausbau der Universität Flensburg einhergehenden Kosten dürfen nicht zu Lasten des Hochschulhaushalts der Kieler Hochschulen gehen.

Die Christian-Albrechts-Universität ist als leistungsstarker Hochschul- und Wissenschaftsstandort mit hervorragender Ausrichtung in Forschung und Lehre von zentraler Bedeutung nicht nur für die Landeshauptstadt Kiel, sondern weit über die Stadtgrenzen hinaus. Als größte Hochschule in Kiel und einzige Volluniversität des Landes Schleswig-Holstein trägt die CAU wesentlich zur Standortattraktivität der Region Kiel und zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts in Zeiten großer demografischer Veränderungsprozesse bei. Hier gilt es, die Befürchtung eines einsetzenden „Rutschbahneffektes“ von Kiel nach Flensburg zu verhindern.

Die Kooperation der Stadt Kiel und der Kieler Wirtschaft mit den Hochschulen wurde stetig ausgebaut und wird weiter intensiviert. Die Christian-Albrechts-Universität benötigt eine dauerhaft verlässliche und auskömmliche Finanzausstattung, um Forschung und Lehre auf höchstem Niveau mit einer hervorragenden Infrastruktur für Wissenschaft und Forschung betreiben zu können. In der Kooperation der Kieler Hochschulen mit der Landeshauptstadt Kiel und der Wirtschaft in der Region liegt großes Zukunftspotenzial.

Die Erwartungen der Landeshauptstadt Kiel richten sich daher zum einen auf eine valide Bedarfsprognose zum geplanten Ausbau, welche die demografische Entwicklung berücksichtigt sowie teure Doppelstrukturen und eine Konkurrenz um Studierende verhindert. Unabdingbar ist zudem eine realistische Planung der damit einhergehenden Kosten, insbesondere der Investitionskosten für Umbaumaßnahmen und beispielsweise die Ausstattung von Laboren für den naturwissenschaftlichen Bereich. Die dargestellte Kostenplanung des Bildungsministeriums wird vor diesem Hintergrund mit Skepsis betrachtet. Insbesondere gegen einen Ausbau der Fächer der Naturwissenschaften in Flensburg bestehen sowohl aufgrund des demografischen Wandels und des damit einhergehenden mittelfristig sinkenden Bedarfes an auszubildenden Lehrkräften als auch aufgrund des finanziellen Aufwandes Bedenken.

Eine Entscheidung über diesen Gesetzesentwurf sollte erst nach einem verbindlichen Dialog mit den Beteiligten und der Klärung der offenen Fragen erfolgen.

Ich begrüße es daher sehr, dass es offenbar gelungen ist, für den weiteren Prozess eine konstruktive und sachlich orientierte Gesprächsebene zwischen der Landesregierung und den Hochschulen herzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Ulf Kämpfer